

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Frank Bommert  
der CDU-Fraktion

an die Landesregierung

### **Auswirkungen der Eröffnungsverschiebung des BER für Unternehmen**

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH haben am 8. Mai 2012 die Verschiebung des Eröffnungstermins für den neuen Flughafen in Schönefeld verkündet. Am 17. Mai 2012 wurde der 17. März 2013 als neuer Eröffnungstermin benannt. Viele Unternehmen, die sich an und im neuen Flughafen ansiedeln wollen, sind von dieser Verschiebung des Eröffnungstermins unmittelbar betroffen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung eine wirtschaftliche Gefährdung für die Unternehmer und Dienstleister, die sich ab 1. Juni am BER eingemietet haben und ihr Geschäft erst 9 Monate später eröffnen können? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
2. Sieht die Landesregierung eine wirtschaftliche Gefährdung für Unternehmen die sich im Umfeld des Flughafens angesiedelt haben bzw. dies wollten (bspw.. Taxi- und Zuliefererunternehmen)
3. War dem Wirtschaftsminister als Vorsitzendem des Projektausschusses bewusst, welche wirtschaftliche Gefährdung bei Nichteinhaltung der Termine durch den BER für die sich anzusiedelnden Unternehmen bestehen?
4. Welche Unterstützung will die Landesregierung den Firmen anbieten, die durch die Fehlpolitik der Flughafengesellschaft in Gefahr geraten sind und dadurch teilweise vor dem finanziellen Aus stehen?
5. Wie geht die Landesregierung mit Krediten und Unterstützungen durch die ILB und die Bürgschaftsbank um, die die Unternehmen für ihre Ansiedlung erhalten haben?
6. Beabsichtigt das Wirtschaftsministerium mit einer Bei- bzw. Direkthilfe ähnlich wie bei Odersun den in Not geratenen Unternehmen zu helfen?
7. Beabsichtigt die Landesregierung aufgrund der zu erwartenden Regressforderungen einen Nachtragshaushalt zu erstellen?
8. Was geschieht mit geschlossenen Arbeitsverträgen, die jetzt nicht mehr seitens der Unternehmer eingehalten werden können? Was wird die Landesregierung tun, um die drohende Arbeitslosigkeit von den 400 in Frage stehenden Bürgern abzuhalten?

9. Wie bewertet die Landesregierung die Verträge am BER insbesondere im Hinblick auf die Passage, dass Unternehmer erst bei einer 18 Monate verspäteten Fertigstellung einen Anspruch auf Schadensersatz haben? Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache im Hinblick auf den rechtlichen Grundsatz von Treu und Glaube?
10. Am 20. April 2012 wurden durch den Aufsichtsrat 13 Millionen Euro für zusätzliches Personal bewilligt, das die Brandschutztüren per Hand bedienen sollte. Hätte nicht spätestens da erkannt und mit aller Härte nachgefragt werden müssen, ob die Eröffnung unter diesen Umständen überhaupt zu halten ist?
11. Hat sich – angesichts der Tatsache, dass bei Eröffnung eine nichtintakte Sicherheitsanlage in Betrieb genommen worden wäre - niemand im Aufsichtsrat Gedanken um eine Gefährdung der Reisenden und Mitarbeiter am BER gemacht?

Frank Bommert